ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hinze, Jörg

Article — Published Version

Konjunkturschlaglicht: zunehmende Inflationsrisiken

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hinze, Jörg (2007) : Konjunkturschlaglicht: zunehmende Inflationsrisiken, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 87, Iss. 9, pp. 620-621, https://doi.org/10.1007/s10273-007-0702-5

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/42774

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-007-0702-5

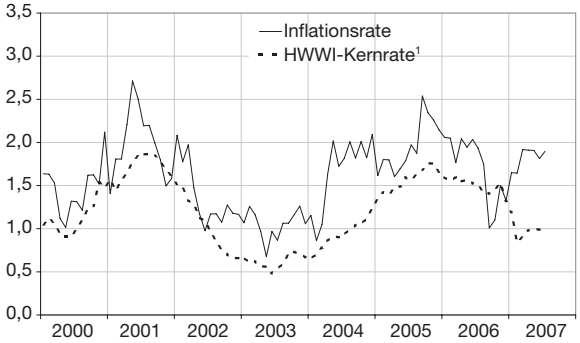
Konjunkturschlaglicht: Zunehmende Inflationsrisiken

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise, die zu Beginn des Jahres im Zuge der Anhebung des regulären Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19% zunächst gestiegen war, hält sich seit dem Frühjahr knapp unter der „Stabilitätsschwelle" von 2%; im August betrug sie 1,9%. Dies ist angesichts der Steuererhöhung insofern nicht beunruhigend, als rechnerisch reichlich ein Prozentpunkt des Preisanstiegs schon darauf zurückzuführen ist. Auch wenn die Mehrwertsteuererhöhung bislang wohl nicht vollständig auf die Preise überwälzt wurde, wäre der um die Steuererhöhung bereinigte Preisanstieg kaum höher als die vom HWWI berechnete Kerninflationsrate, die gegenwärtig bei 1% liegt.

Gleichwohl kamen in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit Inflationssorgen auf, da bei Nahrungsmitteln deutliche Preiserhöhungen zu beobachten waren. Diese waren allerdings auf einzelne Produkte beschränkt und lassen sich weitgehend durch Sondereffekte erklären. Besonders betraf dies Milch, wo die Preise zuvor fünf Jahre lang stabil geblieben waren und offenbar kaum mehr die Kosten der Erzeugung deckten, des Weiteren Brötchen und andere Getreidewaren, die von den haussierenden Weltmarktpreisen für Getreide betroffen waren, sowie bestimmte Obstsorten (wie Weintrauben), bei denen Preisausschläge je nach Saison und Marktlage nicht ungewöhnlich sind. Da es sich um Güter des täglichen Bedarfs handelte, waren die Preiserhöhungen trotz des sehr geringen Anteils am Haushaltsbudget wegen der hohen Kaufhäufigkeit unmittelbarer „fühlbar" als bei anderen Gütern. Die Anstiegsrate der Nahrungsmittelpreise insgesamt hat sich im Vorjahresvergleich demgegenüber sogar seit Ende 2006 von damals 3% auf nunmehr knapp 2% verringert. Sicherlich ist auch dieser Preisanstieg vergleichsweise kräftig, wenn man bedenkt, dass Nahrungsmittel dem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7% unterliegen und dieser anders als der reguläre Mehrwertsteuersatz nicht zu Jahresbeginn erhöht wurde. Im längerfristigen Vergleich zeigt sich aber, dass die Nahrungsmittelpreise, insbesondere seit der Euro-Umstellung Anfang 2002, im Trend kaum mehr gestiegen, zeitweilig sogar gesunken sind, dass sie sich vor allem aber weniger als der Verbraucherpreisindex insgesamt erhöht haben.

Der Druck seitens der Energiepreise ist, auch wenn hier derzeit unterschiedliche Einflüsse wirksam sind, immer noch erheblich. Der Ölpreis erreichte im Sommer auf den Weltmärkten neue Höchststände. Dass diese hierzulande nicht ungebremst auf die Preise für Mineralölprodukte, vor allem für Kraftstoffe und Heizöl, durchschlugen, war der gleichzeitigen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zu verdanken; in Euro gerechnet blieb der Ölpreis knapp unter den Höchstmarken des Sommers 2006. Die Gaspreise für die Endverbraucher sind zwar nach zuvor kräftigem Anstieg seit dem Frühjahr rückläufig, aber nicht in dem Ausmaß wie die Importpreise; während diese zuletzt um rund 12% unter Vorjahrsniveau lagen, waren die Preise für die Haushalte gemessen am Vorjahresniveau um 2% höher. Die Strompreise sind sogar weiter gestiegen und waren im Juli um 7% höher als im Vorjahr. Insgesamt war Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) zuletzt um reichlich 2% teurer als vor einem Jahr. Die Kraftstoffpreise waren – trotz ihres hohen Niveaus – lediglich dank des starken Euro, aber auch wegen der Höchststände zur gleichen Vorjahres-

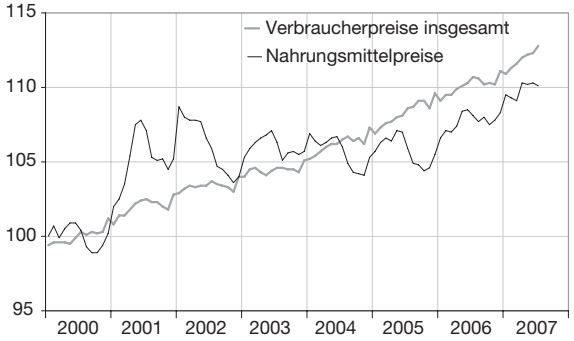
Schaubild 1
Indikatoren zur Preisentwicklung
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



[1] Kerninflationsrate: Berechnet aus geglätteten Indizes (gleitende 3-Monats-Durchschnitte für den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe sowie ohne Saisonwaren und 24-Monats-Durchschnitte für den Index für Heizöl und Kraftstoffe sowie für Saisonwaren) sowie ohne Steueränderungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des HWWI.

Schaubild 2
Entwicklung der Nahrungsmittelpreise
(Index 2000=100)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

zeit (Basiseffekt), geringfügig niedriger als vor einem Jahr.

Auch wenn der Druck seitens der Nahrungsmittel- sowie der Energiepreise angesichts der angespannten Lage auf den Weltrohstoffmärkten vorläufig nicht nachlassen sollte, entwickeln sich eher noch von anderer Seite Inflationsrisiken – und zwar von den Arbeitskosten her. Die diesjährigen Lohnabschlüsse waren deutlich höher als die der vergangenen Jahre. Allerdings ist auch zu erwähnen, dass bislang die meisten Abschlüsse je nach Branchenkonjunktur differenziert waren, so dass sie aufgrund der jeweiligen Produktivitäts- sowie Gewinnentwicklung nicht unmittelbar in den Preisen weitergegeben werden müssen, zumal es auch eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten durch die Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung gab. Insgesamt ist der Anstieg der Arbeitskosten immer noch moderat. Es ist zu hoffen, dass in den anstehenden Tarifverhandlungen in anderen Branchen deren ökonomische Situation nicht außer Acht gelassen wird und nicht unabhängig davon mit Blick auf die bisherige Tarifrunde in weniger florierenden Branchen ähnliche oder höhere Forderungen verfolgt werden.

Sicherlich werden die Unternehmen, soweit konjunkturell möglich, die Preisspielräume zu nutzen versuchen. Die Europäische Zentralbank hat aber bereits deutlich signalisiert, dass sie dem entgegenzuwirken gedenkt. Insgesamt dürfte sich der Preisauftrieb in der Grundtendenz leicht verstärken. Anfang 2008 wird sich die Inflationsrate aber schon wegen des wegfallenden „Basiseffekts“ infolge der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 etwas reduzieren. Im Jahresdurchschnitt 2008 dürfte die Preissteigerungsrate mit 1,5% etwas niedriger sein als in diesem Jahr (1,8%).

Jörg Hinze, hinze@hwwi.org